

Editorial

Künstler, selbst wenn man sie Staatskünstler heißt, waren selten so borniert, daß sie wirklich glaubten, die Weltgeschichte laufe auf die letzte große Schlacht hinaus, die nur einen Sieger kennen werde: den Sozialismus. Statt des letzten Gefechts wartete, historisch betrachtet, allzu oft das letzte Gericht auf die Akteure. So hat es Werner Tübke der SED ins großformatige Stammbuch geschrieben. Das Jüngste Gericht auf der Titelseite dieser Ausgabe ist Teil des Monumentalgemäldes im Panoramamuseum nahe der Stadt Bad Frankenhausen im Thüringischen. Dort, wo ein naiver Thomas Müntzer 1525 aufgebrachte Bauern in eine aussichtslose Schlacht führte, wollte die SED ihr Verständnis von den „Triebkräften der Geschichte“ auf über 1 700 Quadratmetern Leinwand verherrlicht sehen. Statt dessen schuf Tübke eine oft schwer begreifliche Allegorie, die sich der parteilichen Deutung entzieht. Nicht das letzte Gefecht, auch nicht die unverdorbene Utopie, sondern das Gericht ist häufig genug der Ort, an dem darüber entschieden wird, welches Recht und welche Ordnung herrschen. „Recht und Ordnung“ ist der Schwerpunkt dieses Heftes.

In ihrem neuen Roman „Atemschaukel“ beschreibt die Literatur-Nobelpreisträgerin Herta Müller das Leben eines jungen Rumäniendeutschen, der am Ende des Zweiten Weltkrieges für fünf Jahre in ein sowjetisches Arbeitslager deportiert wurde. Mit diesem eindrucksvollen Buch wurde die Aufmerksamkeit für ein hierzulande nicht aufgearbeitetes und lange verdrängtes politisches Thema geweckt. Mehr als sechzig Jahre lang traf die Geschichte der deutschen Zivildeportierten nur auf wenig Interesse – in der Sowjetunion und in den Ostblockländern sowieso, doch auch in Deutschland selbst. Recht und Gerechtigkeitsvorstellungen – darum geht es auch in der gegenwärtigen Erinnerungskultur. Das Schicksal der Zivildeportierten wird bis heute kaum öffentlich gewürdigt, sondern als Kollateralschaden des Zweiten Weltkrieges abgebucht. In den neuen Bundesländern schließen juristische Definitionen viele Betroffene, die in der DDR über ihre Erfahrungen schweigen mußten, von materiellen Hilfen aus. Ute Schmidt umreißt diese kaum bekannte Geschichte auf der Basis deutscher und russischer Quellen.

Heinrich Georges Fall war tief. Der Schauspieler glaubte nach dem Einmarsch der Roten Armee an eine neue Aufgabe in der neuen Zeit und blendete dabei völlig aus, daß er vielen als Staatskünstler von Hitlers Gnaden galt. Ein Entree für die neue Zeit war das nicht und schon gar nicht zum Wohlgefallen der neuen Machthaber. George, der seinen russischen Vernehmern zunächst siegesgewiß einen vermeintlichen Schutzbrief vor die Nase hielt, trug bald als NKWD-Internierter im Sommer 1945 Latrineneimer über den Hof in der Elsässer Straße 85, der heutigen Torstraße, nahe dem Alexanderplatz. Das beschreibt Peter Erler im zweiten Teil seines Textes über die letzten Monate Georges in Berlin.

Noch einmal zu Werner Tübke: Geschichtsoptimismus erwartete sich die SED von dem Monumentalwerk im damaligen Bezirk Erfurt, war doch der Bauernkrieg Teil der „frühbürgerlichen Revolution“ und daher gleichermaßen Wegmarke zum Sozialismus und zum ersten „Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden“. Die Umdeutung diese Gemetzels, in dem die Bauernhaufen untergingen, zu einem Wetterleuchten des Sozialismus blieb der Maler schuldig, so beschreibt es Eckhart Gillen. Mehr noch, als das Werk im September 1987 vollendet ward, stand die DDR schon selbst vor ihrem Untergang. Die DDR ist Geschichte und der SED-Auftrag „Panoramabild“ hat sich inzwischen zum „kulturellen Gedächtnisort“ für Verehrer Tübkes und Bauernkriegsinteressenten aus Ost und West entwickelt.

Ein Meister der Dialektik aber auch ein guter Roßtäuscher ist der Philosoph und Rechtshistoriker Hermann Klenner. Bei seinen Dienstreisen in den Westen sollte er den unabhängigen renitenten Intellektuellen geben, um seine Gesprächspartner für sich einzunehmen, damit er nach seiner Rückkehr um so intensiver seinem eigentlichen Auftraggeber, dem MfS, als IM „Klee“ Bericht erstatte. In seinen Kontaktbereich geriet auch der FDP-Politiker und spätere Bundesinnenminister Werner Maihofer, wie André Gursky in seinem Aufsatz berichtet. Klenner war einer der treuesten Zuträger des MfS und übernahm noch 1988 einen Großauftrag: Aktiv den Zersetzungsprozeß des „Arbeitskreises ehemaliger DDR-Akademiker“ im „Operationsgebiet“ BRD einzuleiten. Einer seiner großen Bewunderer, Volkmar Schöneburg, der ihm in Publikationen manchen Lorbeerkranz geflochten hat, wurde übrigens 2009 Justizminister in der „kleinen DDR“, die heute in Brandenburg zuhause ist.

Um Juristen und Justiz im Unrechtstaat geht es auch im dritten und abschließenden Teil der Artikelserie über die DDR-Generalstaatsanwaltschaft. Der furchtbare Jurist Carlos Foth, dem die Anregung für die Befassung mit der Obersten Anklagebehörde des SED-Regimes zu verdanken war, hat sich inzwischen höheren Dingen als dem irdischen Kampf um Recht und Ordnung zugewandt. Die „Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e. V.“ beklagte im Dezember 2009 „eine kaum zu füllende Lücke in unserem Vereinsleben“.

Eine Bilanz zu den Überprüfungen der Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes auf eine eventuelle Tätigkeit für die Stasi zieht Michael Kubina in seinem Beitrag „Außer Spesen fast nichts gewesen“. Das Urteil fällt ernüchternd aus. Von den mindestens 50 000 Stasi-Belasteten hat nicht einmal die Hälfte, freiwillig oder unfreiwillig, den öffentlichen Dienst verlassen. Und wen wundert's: Unter den östlichen Bundesländern ist es Brandenburg, das bei den Stasi-Überprüfungen am nachlässigsten vorging. Die Spesen sind übrigens trotzdem beachtlich: Über 1,5 Milliarden Euro hat die Birthler-Behörde, die nicht zuletzt zum Zwecke dieser Überprüfungen geschaffen worden ist, den Steuerzahler bis heute gekostet.

Malte Fischer blickt in seinem Beitrag auf die Tätigkeit der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR zurück, die vor zwanzig Jahren durch die Regierung de Maizière eingesetzt worden ist. Der ersten frei gewählten DDR-Regierung ging es dabei vor allem um dem Verbleib des unrechtmäßig angehäuften SED/PDS-Parteivermögens, schließlich sollte Chancengleichheit zwischen den Parteien hergestellt werden und womöglich eine Wiedergutmachung erfolgen. Ministerialrat a. D. Fischer zieht – aus Sicht eines Beteiligten – eine Bilanz dieser Arbeit. Sein Fazit: Das Ziel der Wiedergutmachung für erlittenes Unrecht, soweit dies vor dem Hintergrund enormer Beleg- und Beweisschwierigkeiten möglich war, sei weitestgehend erreicht worden.

Die historischen und aktuellen Beiträge dieser Ausgabe spannen einen großen Bogen über Ereignisse, Geschichte und Gestalten. Sie reichen vom Untergang der Menschewiki nach der Machtergreifung der Bolschewiki bis zu DDR-nostalgischen Nummernschildern, die zwanzig Jahre nach dem Untergang des deutschen Staatssozialismus sogar im tiefen Westen spazierengefahren werden. Am Ende rezensieren in dieser Ausgabe wieder Fachleute die Fachbücher von Fachleuten für alle uns gewogenen Leserinnen und Leser, auf das sie es auch bleiben mögen.

i. A. Thomas Gerlach, Ute Schmidt und Jochen Stadt